

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.  
DIETER SPETHMANN  
Rechtsanwalt  
Donnerstag, den 6. Oktober 2011

An Abgeordnete des Deutschen Bundestages

### **Die uns bevorstehende Euro-Katastrophe**

Sehr geehrte Abgeordnete!

Die Vorgänge im Deutschen Bundestag anlässlich der EFSF-Abstimmung am 29. September können Sie nicht überzeugt haben. Denn sie lagen ausserhalb jeder ökonomischen Logik. Politische Beschlüsse dieser Art aber haben keinen Bestand – das lehrt die Geschichte. Werden sie nicht revidiert, folgen Katastrophen. Nehmen Sie sich stattdessen Zeit für einen Blick zurück in unsere Geschichte.

„Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein“ – solche Überzeugung wird dem Gründer Alfred Krupp vor nahezu 200 Jahren zugeschrieben. Er verhielt sich entsprechend, soweit der Geist seiner Zeit es ihm erlaubte. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – so Art 1 GG. Das Wirken der Verantwortlichen der Bonner Republik war in diesem Sinne erfolgreich – erfolgreicher als jedes Deutschland vorher. Das Ergebnis waren 1989/90 rd 29 Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze in der Bonner Republik. Es befand sich unser deutsches Durchschnittseinkommen (kaufkraftmäßig) in der Welt-Spitzengruppe. Heute aber sind wir mit der Berliner Republik nur noch unter Nr 19 zu finden. Aus Europa liegen vor uns Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Island, Schweiz, Dänemark, Schweden, Irland, Holland, Belgien und Österreich – alles Länder, die sehr viel kleiner sind als wir und von denen übrigens nur fünf den Euro haben. Das sollte Sie nachdenklich machen. Ich ziehe daraus den Schluß, dass weniger Größe mehr Flexibilität erlaubt, die zu mehr Achtung vor der Würde des Menschen (Bürgernähe der Politik) und zu höherem Einkommen der Bürger führt. Auf unsere 41 Mio Arbeitsplätze von heute sollten wir uns nichts einbilden. Sie sind in ihrer Wertschöpfung nicht mit denen von 1989/90 zu vergleichen, siehe pro-Kopf-Einkommen.

Aber nicht nur unser Einkommen nimmt ab, für Wachstum und Investitionen gilt dasselbe, seit wir die DM aufgegeben und uns den Euro haben überstülpen lassen. Wir bluten aus, langsam aber sicher. Unser Wachstum hat sich seit Euro-Einführung gegenüber dem Durchschnitt der 50 DM-Jahre halbiert, unsere Investitionen bleiben ebenfalls zurück. Der Grund ist, dass wir seit 1999 Jahr für Jahr bis zu 10% unseres BIP (z.Zt. rd €250Mrd) an das Eurosystem abführen: Zu hoher Durchschnittszins und Verschwenken unserer im Aussenhandel erzielten Überschüsse. Die Nettobeiträge an das EU-System kommen hinzu und natürlich alle Finanzhilfen, die uns seit April 2010 aufgezwungen werden. Das ist für uns existenzgefährdend. Ich habe dazu mehrere Schriften vorgelegt: (1) „Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal“ (Hohenheim 2003) – (2) Deutschland – die Dritte Industrielle Revolution“ (Dreesbach Verlag 2010) – (3) Denkschrift „Der Euro plündert Deutschland“ (Dreesbach 2011) – (4) „Das Euro-Abenteuer geht zuende,“ dieses gemeinsam mit W. Hankel, W. Nölling, K. A. Schachtschneider und Joachim Starbatty, mit denen ich auch Kläger beim BVerfG bin. Den Text der Denkschrift finden Sie anliegend.

Kern des Problems sind zwei politische Fakten. Erstens haben wir uns mit dem Maastricht-Vertrag vom Prinzip des Wettbewerbs verabschiedet (oder sind von ihm verabschiedet worden), das Montanunion und EWG seit 1951 geleitet hatte, und zweitens ist der Euro ein politisches Instrument, das aus seiner Natur heraus ökonomisch kontraproduktiv sein muß. Beispiel 1: Montanunion und EWG schrieben dem Wettbewerb Standortkosten vor, Sie verboten Subventionen ausdrücklich. Das Eurosystem aber zwingt uns, unseren kreditgebenden Geschäftsbanken weit mehr Zins zu zahlen als vorher und als nötig. Dafür zahlen die meisten anderen Euro-Länder weniger als geboten. Wir zahlen Jahr für Jahr den höchsten Realzins. Beispiel 2: Die Länder der südlichen Euro-Flanke werden durch das Eurosystem an einen für ihre (geringere) Produktivität zu hohen Aussenkurs gebunden, der ihre Wettbewerbsfähigkeit im Weltmarkt lähmt und ihre Arbeitslosigkeit bis ins unerträglich steigert (Jugendarbeitslosigkeit Spanien >40%). Beispiel 3: Wir könnten den Griechen ihre gesamte Staatsschuld von €350Mrd (oder mehr) abnehmen, die Troika könnte ihnen ein effizientes Staatswesen schenken – sie blieben mangels Wettbewerbsfähigkeit todkrank. Griechenland muss deshalb aus dem Euro ausscheiden, um sich nach Abwertung durch neue Aufträge mit neuer Wirtschaftskraft im internationalen Wettbewerb wieder-zufinden.

Für andere Euro-Staaten gilt dasselbe.

Trotzdem höre ich rundum, der Euro müsse gerettet werden, koste es, was es wolle. Das hat mit Oekonomie und Vernunft nichts zu tun, gar nichts. Vielmehr ist es Ideologie, und für solche ist im Währungswesen kein Platz – es sei denn um den Preis der Katastrophe. 1945 (ich war 19 Jahre jung) dachte ich, wir Deutschen hätten die politischen Ideologien ein für allemal hinter uns gelassen (was die Mehrzahl der Bürger damals mit der staatlichen Propaganda längst vor Kriegsende getan hatte). Nein, die Ideologien werden wieder hoffähig. Beispiel: Der Euro ist eine Papierwährung, und Zweck einer solchen ist einzig und allein, der ihr zugeordneten Realwirtschaft zu dienen. Das kann der Euro nicht, weil er 17 verschiedenen Realwirtschaften zugeordnet ist. Die deutsche Realwirtschaft aber ist am Welthandel mit mehr als 10% beteiligt, die französische nur zu weniger als 3%. In Deutschland trägt die Industrie mehr als 30% zum Sozialprodukt bei, in Frankreich allenfalls 10%. Es passt hinten und vorne nicht.

Sehr geehrte Abgeordnete, Sie müssen handeln: In erster Linie hin zu einem Nord-Euro (Deutschland, Holland, Luxemburg, Österreich, Finnland), sonst zu einer Rückkehr zum Europäischen Wechselkurssystem EWS II. Die EU muss hinsichtlich ihrer Aufgaben überprüft werden.

Mit verbindlichen Empfehlungen bin ich Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ino Austmann'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Anlage 20 Seiten